



Berlin, 24. Mai 2013

**Bericht
des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**über das
informelle EU-Umweltministertreffen
am 22./23. April 2013 in Dublin**

Bei dem informellen Umweltministertreffen unter irischer Präsidentschaft standen drei Themen auf der Tagesordnung:

- Binnenmarkt für grüne Produkte,
- Luftqualität und städtische Umwelt,
- konsultative Mitteilung über die internationalen Klimaverhandlungen.

Zu den Tagesordnungspunkten im Einzelnen:

Binnenmarkt für grüne Produkte

Die KOM erläuterte einleitend ihre Mitteilung vom 9. April 2013 mit dem Titel "Schaffung eines Binnenmarktes für grüne Produkte – Erleichterung einer besseren Information über die Umwelleistung von Produkten und Organisationen". Übergeordnetes Ziel der Mitteilung sei es, eine stärkere Verbreitung grüner Produkte und umweltfreundlicher Unternehmenspraktiken auf dem EU-Markt zu ermöglichen. Die Haupthindernisse werden in einem Mangel an einer konsensualen Definition für ein „grünes Produkt“ bzw. eine „grüne Organisation“ sowie an konsensualen Methoden gesehen, mit denen die Umwelteigenschaften einheitlich gemessen werden können. Stattdessen existierten unterschiedliche nationale Anforderungen nebeneinander, die als Handelshemmnis wirken könnten. Zudem verunsichert nach der Analyse der KOM die gestiegene Anzahl grüner Kennzeichnungssysteme („Labels“) die Verbraucher. Die KOM wolle eindeutige, verlässliche und vergleichbare Informationen über die Umwelteigenschaften von Produkten und Organisationen besser verfügbar machen. Hierzu stelle sie zwei Methoden zur Verfügung:

- 1) den „Umweltfußabdruck von Produkten“ (Product Environmental Footprint, PEF)
- 2) den „Umweltfußabdruck von Organisationen“ (Organisation Environmental Footprint, OEF).

Die KOM-Mitteilung unterscheidet zwei Phasen: Die erste Phase sei eine dreijährige Testphase, in der die Methoden auf freiwilliger Basis getestet werden sollen. Die Methoden sollten schrittweise in das System für Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung (EMAS), das umweltorientierte öffentliche Beschaffungswesen (Green Public Procurement, GPP) und das EU-Umweltzeichen einbezogen werden. In einer zweiten Phase würden die Ergebnisse evaluiert und dann geeignete Vorschläge für die Umsetzung ausgearbeitet.

Unter der Moderation des Umweltdirektors der OECD, Herrn Simon Upton, und auf der Basis diskussionsleitender Fragen der Präsidentschaft tauschten sich die Teilnehmer des Umweltministerrates über die Mitteilung aus. Sehr viele Mitgliedstaaten und Gaststaaten¹ begrüßten die KOM-Mitteilung als Startpunkt für wichtige und interessante Überlegungen. Um den Stellenwert der Ressourceneffizienz und der grünen Wirtschaft insgesamt zu verbessern, empfahlen viele MS eine Verlagerung von Steuern weg vom Faktor Arbeit hin zum Faktor Ressourcenverbrauch. Auch eine möglichst gute Messung des Ressourcenverbrauchs mit wenigen und klaren Indikatoren sei wichtig. Manche MS sprachen sich weiter dafür aus, Umwelt-, Ressourceneffizienz-, Rohstoff- und Industriepolitik besser im Sinne einer wirksamen Nachhaltigkeit miteinander zu verzahnen. Mehrere MS sprachen sich für eine verbesserte Information der Bürger und mehr entsprechende Bewusstseinsbildung aus, um die Verbraucher zu sensibilisieren und die Nachfrage nach grünen Produkten zu steigern. Im Bereich der grünen Labels sei eine möglichst einheitliche, klare und einfache Kennzeichnung erforderlich.

Bundesminister Altmaier (BM) plädierte dafür, die „green economy“ nicht als Bedrohung, sondern als gute Chance für Wirtschaftsentwicklung und Steueraufkommen zu sehen. Wichtig sei, die Verbraucher über die großen Vorteile von grünen Produkten umfassend zu informieren. So verbrauchten neue Heizungspumpen oft nur noch 20 % der Energie der heute installierten Pumpen und rechneten sich daher bald. Der in Deutschland entwickelte Greentech-Atlas zeige zahlreiche gute Möglichkeiten. Durch Skaleneffekte, wozu auch das öffentliche Beschaffungswesen beitragen könnte, sollte immer mehr grünen Produkten zu echter Marktfähigkeit verholfen werden. Darüber hinaus sollten Subventionen für fossile Energieträger abgebaut werden. BM unterstützte die Zielrichtung der neuen Mitteilung grundsätzlich, gab aber Zweifel an der Beurteilung der Erfolgsaussichten der Methodik zu erkennen. Die vorgesehene dreijährige Testphase sei zu begrüßen und solle genutzt werden, um die Tauglichkeit der Methode und die Vergleichbarkeit der Datenerhebung zu untersuchen und ggfs. zu verbessern.

¹ Im Folgenden werden die anwesenden EU-, EFTA- und Beitrittsstaaten der Einfachheit halber unter Mitgliedstaaten (MS) zusammengefasst.

Luftqualität und städtische Umwelt

Die KOM legte dar, dass sie unter Beteiligung der MS und Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen derzeit an der Revision der EU-Luftreinhaltepolitik arbeite. Konkret sei geplant,

- die Thematische Strategie zur Luftreinhaltung aus dem Jahr 2005, die Ziele zur Verringerung der Luftverschmutzung bis 2020 und dazugehörige Maßnahmen vorschlägt, und
- die Richtlinie 2001/81/EG vom 23. Oktober 2001 über nationale Emissionshöchstmengen für bestimmte Luftschadstoffe (NEC, Zieljahr z.Zt. 2010 ff.) kurzfristig fortzuschreiben (Zieljahr dann 2025/30 ff.).

Die Novellierung der Richtlinie 2008/50/EG vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft in Europa (Luftqualitätsrichtlinie) solle zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Unter der Moderation von Professor Frank Convery und auf der Basis verschiedener Fragen der Präsidentschaft tauschten sich die Teilnehmer über die Revision der EU-Luftreinhaltepolitik aus.

Alle MS halten die Luftqualität für ein sehr wichtiges, gut greif- und vermittelbares Thema, das sehr bedeutsam sei sowohl für die Gesundheit jedes einzelnen Bürgers als auch für die Vermeidung großer volks- und betriebswirtschaftlicher Schäden. Viele MS betonten aber, zunächst seien die bestehenden Regelungen vollständig umzusetzen, möglicher Verbesserungs- und Nachholbedarf abzarbeiten und örtliche Besonderheiten stärker zu berücksichtigen. Vielfach wurden der Schiffs- und Straßenverkehr, das Heizen mit Kohle, Kleinverbrennungsanlagen und Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft als die wesentlichen Emissionsquellen genannt. Quellebezogene Maßnahmen, europaweit einheitliche Ziele und entsprechende Anreize seien wichtig. Einzelne MS drangen auch auf die Einführung eines neuen und realistischen Abgas-Test-Zyklus sowie ehrgeizigere und verbindliche Grenzwerte für Fahrzeuge für 2025.

BM unterstützte den Jahresschwerpunkt der KOM im Bereich der Luftreinhaltepolitik nachdrücklich und setzte sich für eine Behebung der Regelungsdefizite bei den Realemissionen von Diesel-Pkw der Abgasstufe Euro 6, bei mobilen Baumaschine, kleinen und mittleren Feuerungsanlagen und der Landwirtschaft ein. Die Anforderungen an Kleinf Feuerungsanlagen dürften im Rahmen des Komitologieverfahrens (Durchführungsmaßnahmen) zur Ökodesign-Richtlinie nicht verwässert werden. Zwischen Klimaschutz- und Luftreinhaltemaßnahmen sollte größtmögliche Kohärenz angestrebt werden. Aufklärungskampagnen in Städten seien wichtig, wie man an den erst nach längeren Diskussionen eingeführten Umweltzonen in deutschen Innenstädten erkennen könne. In Städtepartnerschaften und konkreten Projekten z.B. mit Bogotá, Peking und Mexiko City habe Deutschland seine Erfahrungen auch weitergegeben, Netzwerke gegründet und Hilfen angeboten.

Konsultative Mitteilung über die internationalen Klimaverhandlungen

Die KOM führte aus, dass sie mit ihrer konsultativen Mitteilung „Das internationale Klimaschutzübereinkommen von 2015: Gestaltung der Weltklimapolitik für die Zeit nach 2020“ vom 26. März 2013 einen Diskussionsbeitrag für die Debatte zu Form und Gestalt des künftigen Klimaabkommens für 2015 liefern wolle. Es gebe Stakeholder-Konferenzen, umfangreiche Online-Konsultationen und Diskussionen von Ideen mit anderen Staaten. Die Hauptbotschaft der Mitteilung sei, dass die Welt sich seit Beginn der 90er Jahre von der binären Einteilung in Industrie- und Entwicklungsländer weit entfernt habe und das neue Übereinkommen genau diese Realitäten reflektieren müsse.

Alle MS sprachen sich im Rahmen einer formellen Tischrunde für ein umfassendes und rechtlich bindendes Klimaschutzabkommen 2015 aus, wobei es nach Meinung mancher besonders auf die Einbindung von China und den USA ankommt. Einige MS machten sich für ein hohes Ambitionsniveau bei den Minderungsverpflichtungen und eine Stärkung der europäischen Führungsrolle stark. Andere äußerten sich zurückhaltender und sahen Europa global nur noch in einer Partnerschafts- statt in einer Führungsrolle. Mehreren MS ist es besonders wichtig, dass ihnen bei der Wahl der Instrumente und Wege zur Erreichung eines feststehenden Zieles genügend Flexibilität gelassen wird. Es wurden sowohl konkrete Minderungsziele für 2030 als auch rasche Maßnahmen (vor 2020) gefordert. Mehrere MS plädierten dafür, die Bürger und die Zivilgesellschaft besonders zu beteiligen und bei diesem komplexen Thema auch „mitzunehmen“. Schließlich wurde vor einem besonderen „low carbon leakage“ gewarnt: Bei zu zögerlicher Haltung der EU wanderten die effektivsten Technologien und die besten Fachleute in andere Länder ab, was im Rahmen der typischen konventionellen „carbon leakage“-Diskussion bislang zu wenig Beachtung finde.

BM wies auf Probleme bei der Kommunikation des vielschichtigen Themas in der Öffentlichkeit hin. Deutschland versuche in Klimaangelegenheiten, keinen Druck auf andere Länder auszuüben, sondern durch eigene Glaubwürdigkeit, Einhaltung von Zusagen und Vorreiterschaft z.B. bei den erneuerbaren Energien Überzeugungsarbeit zu leisten und positive Reaktionen auszulösen. Transparenz und der Einhaltung der Zusagen durch alle Länder komme sehr große Bedeutung zu. Das richtige Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ müsse konkretisiert und mit positiven Inhalten wie z.B. der Steigerung der Energieeffizienz gefüllt werden. Wichtig sei auch, die Regierungschefs im Hinblick auf die nächsten Klimakonferenzen und G8- und G20-Treffen zum geeigneten Zeitpunkt einzubinden und die eigenen Forderungen gut zu platzieren.

Die zukünftige litauische Präsidentschaft lud abschließend zum nächsten informellen Umweltministertreffen von 16. bis 17. Juli 2013 nach Vilnius ein.